



Malchow: Kritisches Ergebnis für die Polizei

GdP hadert mit dem Koalitionsvertrag und der Regierungsbildung Schleswig-Holstein

Kiel – Der zwischen SPD, Grünen und SSW ausgehandelte Koalitionsvertrag stößt bei der Gewerkschaft der Polizei auf Kritik. Der Vertrag sei für die Polizei alles andere als der große Wurf. Das Gegenteil sei der Fall, stellte der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow fest. „Das grüne Misstrauen gegenüber polizeilichen Instanzen schimmert immer wieder durch“, so Malchow. Zwar sei mit Andreas Breiter als Innenminister ein guter personeller Schachzug gelungen. Dieser werde sich dennoch auch nur im Rahmen dieses Koalitionsvertrages bewegen können, ergänzte der GdP-Landesvorsitzende.

Der Koalitionsvertrag sieht im Einzelnen in der Innenpolitik folgende Punkte vor:

- Ein „modernes“ Versammlungsfreiheitsgesetz mit unabhängiger Demonstrationsbeobachtung
- Erhalt der Polizei in der Fläche
- Faires Überstundenmanagement
- Fortsetzung des begonnenen Beförderungskonzeptes

- Eventuell ein Polizei-Entsendegesetz für Auslandseinsätze
- Unabhängige Polizeibeauftragtenstelle bei Konfliktfällen innerhalb und außerhalb der Polizei
- Nummernkennzeichnung für Beamtinnen und Beamte bei geschlossenen Einsätzen
- Keine Vorratsdatenspeicherung, auch nicht bei Schwerekriminalität und Kapitaldelikten, gleichzeitig aber Bekämpfung der Kriminalität mit dem Tatmittel Internet
- Prävention bleibt zentrale Aufgabe der Polizei

Oliver Malchow, GdP-Landesvorsitzender: „Es ist zwar anerkennenswert, dass sich die Koalition dafür entschieden hat, das dringend notwendige Beförderungskonzept weiterzuführen und auch das Problem Überstunden anzugehen.“

Gleichzeitig verstehen wir aber nicht, warum unabhängige Demonstrationsbeobachtung und Polizeibeauftragte eingeführt werden sollen, ebenso die Zwangskennzeichnung bei geschlossenen Einsätzen. Hier hat es weder bisher Konfliktfälle noch

das Fehlen solcher Institutionen gegeben“, konstatiert der GdP-Landesvorsitzende. Von daher sei für Polizisten sogar geradezu verletzend, dass die ersten Sätze zur Innenpolitik die Ankündigung dieser unabhängigen Kontrollinstanz bei Demonstrationen sind. „Das geht gegen die Polizei“ – und das wenige Tage, nachdem in Hamburg 40 Kolleginnen und Kollegen bei Krawallen verletzt worden seien. Anlass für solche Kontrollen habe die Landespolizei nie geboten. Vielmehr komme hiermit Misstrauen gegen die Polizei und deren ohnehin nicht leichte Arbeit zum Ausdruck. Dass Polizisten im Einsatz zudem individuell gekennzeichnet werden sollen, unterstreiche dieses Misstrauen. „Und das kurz nach unseren heiklen Einsätzen gegen die Rocker im Land“, so Malchow. Die Landes-SPD erinnerte der GdP-Landesvorsitzende daran, dass es sogar einen Parteitagsbeschluss gegen die Kennzeichnungspflicht gebe. „Dennoch werden wir der neuen Landesregierung unsere Hand für eine konstruktive Zusammenarbeit reichen“, so Oliver Malchow abschließend.

JUSTIZVOLLZUG

JVA Flensburg – die Lichter bleiben an!

Flensburg – „Die beiden kleinen Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe sollen erhalten bleiben“, so sieht es der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung vor. Die „Dänen-Ampel“ bekennt sich zur JVA Flensburg. Thorsten Schwarzstock, Vorsitzender der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug: „Wir freuen uns über die Entscheidung und sehen dies als Erfolg unserer gewerkschaftlichen Initiative und der gemeinsamen Bemühungen mit Amtsgericht, Landgericht, Richter- und Anwaltsverein. Wir alle dürfen stolz sein.“

Zur Erinnerung:

Die CDU/FDP-Koalition plante, die Justizvollzugsanstalt Flensburg 2013 mit

66 Haftplätzen und 42 Bediensteten aus Kostengründen zu schließen. Justizminister Emil Schmalfuß verteidigte den Kabinettsbeschluss als alternativlos. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) machte erstmals Ende 2010 gegen die geplante Schließung der Flensburger JVA mobil. Nach GdP-Ansicht würden damit der Wirtschaftsstandort Flensburg weiter geschwächt und gleichzeitig die dortigen Gerichte sowie Staatsanwaltschaft gefährdet.

Die GdP-Regionalgruppe Justizvollzug hatte bei einer Kampagne zum Erhalt der Justizvollzugsanstalt Flensburg knapp über 7000 Unterschriften gesammelt. Unterstützt begleitet wurde die gesamte Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei durch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ortsansässigen Gerichte. Diese Protestunterschriften, unter den Unterzeichnern des Protests waren namhafte Flensburger Vertreter aus Justiz und Kommunalpolitik, wurden an Justizminister Emil Schmalfuß übergeben. Unterstützung für den Erhalt der JVA Flensburg und Kritik an den Schließungsplänen gab es schon damals von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW.

Nun bekräftigte die designierte Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) in einem Pressegespräch, dass die Flensburger JVA nicht geschlossen wird. Auch SPD-Landeschef Ralf Stegner nannte die Schließungspläne für die JVA Flensburg „weder ökonomisch noch fachlich begründbar“.



Abgeraten: Adhäsionsverfahren

Gerade wenn Polizeieinsätze mit Gewalt gegen Polizeibeamte enden, ist die Frage nach Strafanzeige und Schmerzensgeld auf der Tagesordnung. Als Anhängsel des Strafrechts gibt es immer noch das sogenannte „Adhäsionsverfahren“, ein Überbleibsel aus vorheriger Zeit. Hier verhandelt das Strafgericht über zivilrechtliche Ansprüche. Eigentlich passt das nicht zusammen.

Deshalb rät die GdP-Rechtsschutzkommission, weitgehend auf das Adhäsions-

verfahren zu verzichten. In erster Linie deshalb, weil in den Verfahren Polizeibeamte gleichzeitig als Zeuge geladen sind und das in einem Zug mit ihren eigenen Schmerzensgeldforderungen. Es lädt die Gegenseite förmlich dazu ein, Zeugenaussage und Schmerzensgeldforderung in einem Atemzug zu nennen.

In einem Fall zielte die Verteidigung des Angeklagten darauf ab, die Zeugenaussage des Polizeibeamten nicht als objektiv und somit nicht verwertbar darzustellen.

Die GdP-Rechtsschutzkommission plädiert daher für abgekoppelte Verfahren. Nach Beendigung des Strafverfahrens,

in dem der Täter verurteilt wird, kann mit dieser gerichtlichen Entscheidung Zivilklage erhoben werden, um auf diesem Wege das Schmerzensgeld einzuklagen.

Im Übrigen ist die Kostenfrage hier auch deutlich geklärt: Während im Adhäsionsverfahren in der Regel eigene Kosten aufzubringen sind (zumindest für die Anwaltsgebühren), ist es im Zivilgerichtsverfahren so, dass der, der verliert, auch die Kosten tragen muss. Das sind die Kosten des eigenen, aber auch des gegnerischen Anwaltes, ebenso die Gerichtsgebühren.

rr

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 8/2012:
Donnerstag, 5. Juli 2012



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

NACHRUF

Willi Bruelheide †



**Willi Bruelheide verstarb im
Alter von 91 Jahren
Foto: Thomas Gründemann**

Wir haben die traurige Pflicht, den Tod von **Willi Bruelheide** bekannt zu geben.

Er verstarb 91-jährig am 25. Mai 2012 in Altenholz bei Kiel. Mit Dankbarkeit und Respekt denken wir an seine vielfältigen Arbeiten für Gewerkschaft und Personalrat.

Er gehörte mit seinem Beitritt am 1. August 1948 zu den Gründungsmitgliedern der Gewerkschaft der Polizei. Als zunächst typischer Landbeamter kümmerte er sich um deren Interessen.

Bereits für die erste Personalvertretung 1950 kandidierte Bruelheide und wurde auf Landesebene gewählt. Der Personalvertretung ist er bis zu seinem Ruhestand 1990 treu geblieben. 1979

überreichte ihm der damalige Innenminister Uwe Barschel für sein Engagement den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

Im GdP-Landesbezirk Schleswig-Holstein kümmerte er sich nach seinem Ausscheiden aus der Polizei um die Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, Rentner und Rentnerinnen. Das führte schließlich dazu, dass auch im Landesbezirk Schleswig-Holstein eine Seniorengruppe gegründet wurde.

Im April 1990 wurde er bei der ersten Seniorenkonferenz des Bundes (in Kiel) zum Seniorenvorsitzenden auf Bundesebene gewählt und war damit Mitglied des GdP-Bundesvorstandes. Dieses Amt übte er acht Jahre aus.

Die Seniorengruppe in Schleswig-Holstein wählte ihn 2001 zu ihrem Ehrenvorsitzenden, der Delegiertentag im gleichen Jahr zum Ehrenvorsitzendenmitglied. Seitdem nahm er aktiv am gewerkschaftlichen Geschehen teil.

Am 10. und 11. Mai 2012 war er Ehrengast beim Festakt zum 25-jährigen Bestehen der GdP-Seniorengruppe in Berlin.

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die der Personalvertretung und Gewerkschaft mit Witz und Humor, mit Schlagfertigkeit und Rhetorik ihre Prägung gegeben hat.

Wir gedenken in Verbundenheit seiner Angehörigen.



Wie wirtschaftlich ist das polizeiliche Kfz-Wesen?

KIEL – Das Kraftfahrzeug-Management der Landespolizei stand Anfang dieses Jahres im Fokus des Landesrechnungshofes (LRH). In „Bemerkungen und Prüfungsmitteilungen“ wurde das Innenministerium mit Feststellungen und Fragen des LRH konfrontiert. In ihren Vorbemerkungen stellen die Rechnungsprüfer zusammenfassend fest: „Der Kraftfahrzeugbestand der Landespolizei reicht in der Summe aus. Die Landespolizei hat einen höheren Bedarf ermittelt.“ 94 Mitarbeiter der Landespolizei sind damit beschäftigt, den Fuhrpark zu verwalten, zu warten, instand zu setzen und zu pflegen. Ob diese Mitarbeiter ausgelastet sind und ob es wirtschaftlich wäre, weitere Werkstatt- und Pflegeleistungen von gewerblichen Unternehmen erledigen zu lassen, hat das Innenministerium nicht geprüft. Das ist zügig nachzuholen.



Der Fuhrpark der Landespolizei stand im Focus des Landesrechnungshofes.

Foto: Gründemann

Nachfolgend stellt das Landesjournal auszugsweise die Bemerkungen des Landesrechnungshofes sowie Antworten des Innenministeriums vor.

LRH: Hat die Landespolizei genügend Fahrzeuge?

2010 hatte die Landespolizei 1463 Fahrzeuge: 1306 Landes- und 157 Bundesfahrzeuge. Während der Bund die Fahrzeuge für die schleswig-holsteinische Bereitschaftspolizei beschafft, ist das Land für die Beschaffung der Lan-

desfahrzeuge und die Haltung aller Fahrzeuge zuständig.

Laut ihrem Kfz-Konzept 2007 hat die Landespolizei einen Bedarf von 1403 Landesfahrzeugen. Tatsächlich wird ihr nach den Haushaltsplänen bis 2008 ein Soll von 1258 Landesfahrzeugen und ab 2009 von 1306 Landesfahrzeugen zur Verfügung gestellt.

Nach den Berechnungen der Landespolizei stehen damit nicht genügend Fahrzeuge zur Verfügung. Als Ergebnis der örtlichen Erhebungen stellt der LRH hingegen fest, dass der Fahrzeugbestand in der Summe ausreicht. Allerdings erfordert ihre Verteilung mitunter Organisationsgeschick.

Als Berechnungsgrundlage wurden die personellen Sollstärken der Polizeidienststellen zugrunde gelegt. Nicht berücksichtigt wurde bei der Verteilung, dass der Landespolizei in der Vergangenheit deutlich mehr Planstellen und Stellen zur Verfügung standen, als besetzt waren.

Das Innenministerium: Die Grundaussage, dass der Fahrzeug-Bestand der Landespolizei nicht ausreichend ist, hat das IM ggü. dem LRH nicht getroffen. Die Deckung des Fahrzeug-Bestands auf 1306 erfolgte 2009 vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzlage des Landes mit Zustimmung der Polizeiabteilung.

LRH: Den steigenden Personalausgaben mit einem Personalkonzept begegnen

94 Mitarbeiter der Landespolizei sind damit beschäftigt, den polizeilichen Fuhrpark zu verwalten, zu warten, instand zu setzen und zu pflegen. Die Personalausgaben sind von 3,7 Millionen in 2006 auf 4,1 Millionen Euro in 2010 gestiegen, das heißt um elf Prozent. Davon entfallen 6,5 Prozent auf die Personalaus-

Auftrag im Auge behalten!

Kommentar von
Karl-Hermann Rehr

Das wichtigste Einsatzmittel ist in der polizeilichen Arbeit neben dem „Faktor“ Mensch heutzutage wohl das Fahrzeug. Es garantiert Geschwindigkeit, Flexibilität, es ist Überwachungsunterstützung, hilft dem Polizeieinsatz, ersetzt gelegentlich auch das Dienstgebäude und vieles mehr. Weil es so eine wichtige Funktion hat, kann das Dienst-Kfz nicht nur unter Kostengesichtspunkten gesehen werden. Und daran mangelt der Bericht des Landesrechnungshofes. Er untersucht nicht den Einsatzwert, sondern beleuchtet es lediglich nach ihren Kosten. Er beleuchtet schon gar nicht, dass für viele Beamtinnen und Beamte nicht das Revier oder die Station der eigentliche Arbeitsplatz ist, sondern der Streifenwagen oder das Sonderfahrzeug. Deshalb werden ihm durch die GdP, durch die Personalräte, vor allem aber durch die Beschäftigten hohe Anforderungen an Sicherheit und Komfort beigemessen. Schon allein der geplante Umstieg von der so genannten, fälschlicherweise bezeichneten und nur zu Werbezwecken benutzten Begrifflichkeit „Komfort“-Klasse, lässt die Warnzeichen aufglühen. Was für einen Privatkunden eine Komfortklasse darstellt, ist für die Anforderung eines Polizeibeschäftigten vielleicht nur Zweckmäßigkeit.

Den wiederholt vorgetragenen Vorwürfen des Landesrechnungshofes, dass es bei der Landespolizei an verschiedenen Erhebungen zur Wirtschaftlichkeitszwecken mangle, kann nur entgegengehalten werden – das hat das Innenministerium dankenswerterweise auch selbst gesagt –, es gibt vorhandene Personaldefizite. Der erste Auftrag der Polizei ist und bleibt die Gewährleistung der Inneren Sicherheit, die Verhütung und Verfolgung von Straftaten. Wir unterstellen nicht, dass der Landesrechnungshof möchte, dass dies zu Gunsten von Wirtschaftlichkeitsberechnungen erfolgt.

Und ein letzter Hinweis aus gewerkschaftlicher Sicht: Hat es eigentlich eine Untersuchung der obersten Rechnungsprüfer zu Belastungen, Überstunden, Gewalttätigkeiten und weitere mehr in Bezug auf den Personalschlüssel gegeben? Das wäre doch ein lohnenswertes Rechercheziel!

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

gaben für Beamte und 93,5 Prozent auf die für Arbeitnehmer.

Klar die Antwort des Ministeriums: Die Personalkostensteigerungen entsprechen den Tarifabschlüssen.

LRH: Die Gretchenfrage: Geleast oder gekauft?

Was ist vor der nächsten großen Fahrzeugbeschaffung zu tun?

- Der LRH rechnet angesichts der Haushaltslage des Landes damit, dass die gekauften Funkstreifenwagen nicht wie angenommen nach vier Jahren ausgesondert werden können. Ob dies wirtschaftlich vertretbar ist, sollte das Innenministerium untersuchen.

- Von 2001 bis 2008 hat die Landespolizei ihre rund 800 Funkstreifenwagen geleast, seit 2009 werden sie wieder gekauft. Die übrigen Fahrzeuge wurden durchgehend gekauft; die rund 250 Mehrzweckfahrzeuge, weil dies die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ergeben hatte, die Sonderfahrzeuge wie z. B. Videowagen, weil die Landespolizei diese als nicht leasingfähig eingestuft hatte. Anfang 2013 läuft der Rahmenvertrag zur Fahrzeugbeschaffung aus. Das heißt, 2012 steht das nächste große Vergabeverfahren an. Davor hat das Innenministerium Folgendes zu erledigen:

- Die Entscheidungen über Kauf oder Leasing in 2001, 2005 und 2009 beruhten auf Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der Planung. Ob die jeweilige Entscheidung tatsächlich wirtschaftlich war bzw. ist, hat das Innenministerium nie überprüft. Schon nach den beiden ersten Leasingperioden hätte es ermitteln müssen, ob sich die Annahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung z. B. zu den

Werkstattkosten, oder der Gebrauchs-spurenabrechnung, bestätigt haben. Dies sollte zügig nachgeholt werden. Das Ergebnis dieser Prüfung muss die Grundlage für die kommende Ausschreibung und die anschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung werden.

- Üblicherweise werden als Funkstreifenwagen silber-blaue Fahrzeuge der Mittelklasse eingesetzt. Seit 2009 gehört ein Teil dieser Funkstreifenwagen der Kompaktklasse an. Diese Fahrzeuge bieten nach Auffassung der Landespolizei aufgrund ihrer geringeren Größe weniger Einsatzmöglichkeiten. Vor der nächsten Ausschreibung sollte geprüft werden, ob Fahrzeuge der Kompaktklasse die Anforderungen der Landespolizei noch erfüllen. In die Prüfung sollte einbezogen werden, ob die Verwendung einer einheitlichen Fahrzeugklasse Wirtschaftlichkeitsvorteile bietet.

Das Innenministerium: Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der aktuellen Kfz-Ausschreibung für den Zeitraum April 2013 bis Ende 2015 wird eine abschließende Erfolgskontrolle durchgeführt. Dabei wird überprüft, ob sich alle Annahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bestätigt haben. Die Ergebnisse dienen dann wiederum als Grundlage für die Wirtschaftlichkeitsberechnung der kommenden Ausschreibung. Nach Vergabe der kommenden Ausschreibung wird eine begleitende Erfolgskontrolle durchgeführt werden.

Diese dient dem Ziel, laufende Veränderungen in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen zu erkennen und eventuell notwendige Umsteuerungen vorzunehmen.

Es ist nicht beabsichtigt, Fahrzeuge der Kompaktklasse (Ford Focus) in Sil-

berblau im Rahmen der neuen Ausschreibung zu beschaffen.

LRH: Ist die Wartung, Instandsetzung und Pflege der Polizeifahrzeuge wirtschaftlich gestaltet?

1996 hat das Innenministerium entschieden, die Kfz-Service-Bereiche der Landespolizei neu zu ordnen. Das Personal der sechs polizeieigenen Werkstätten sollte um zehn Stellen reduziert werden. Von den 25 Standorten der Pflegeeinrichtungen sollten 19 geschlossen und damit 28 Stellen eingespart werden. Ab 2001 wurde die Beschaffung der Funkstreifenwagen von Kauf auf Leasing umgestellt. In diesem Zusammenhang wurden die polizeieigenen Werkstätten Flensburg, Itzehoe, Lübeck und Neumünster geschlossen. Hierdurch sollten weitere Einsparungen erzielt werden, insbesondere beim Personal. Grundlagen der Entscheidungen waren jeweils Gutachten von privaten Beratungsunternehmen.

Das Ministerium: Die Aussagen des LRH werden nur bedingt geteilt: Erstmals mit dem Haushalt 2002 wurden die Stelleneinsparungen aufgeführt. Danach sollten 18 Stellen (nicht 28) abgebaut werden. Davon

- sechs Stellen der Lohngruppe 6 mit kw-Vermerken im Zeitraum vom 28. 2. 2003 bis 31. 12. 2004 mit dem Ausscheiden der Stelleninhaber,

- acht Stellen der Lohngruppe 6 mit kw-Vermerken am 31. 12. 2004 mit Ausscheiden der Stelleninhaber,

- vier Stellen der Lohngruppen 1–4 mit kw-Vermerken im Zeitraum vom 31. 8. 2002 bis 30. 4. 2004 mit dem Ausscheiden der Stelleninhaber.

Thomas Gründemann

GdP gegen „Drogen-Check“

Kiel – Das „Drug-Checking“, ein Angebot, das Konsumenten, die auf dem Schwarzmarkt Drogen, Ausputzmittel oder Pillen gekauft haben, unterbreitet werden soll, bewegte Mitte Juni die politischen Gemüter. Während die Grünen sich dafür aussprachen, stieß das Vorhaben bei der FDP auf Ablehnung. Die FDP-Abgeordnete Anita Klahn kritisierte auf KN-Anfrage, dass mit „Drug-Checking“ ein falsches Signal von Sicherheit nach dem Motto ausgehe: „Das Zeug ist sauber, das kannst du nehmen!“, meinte die FDP-Politikerin. Und dagegen sprach sich auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus. „Schließlich steht dahinter immer ein illegales Geschäft“, gab Karl-Hermann Rehr gegenüber den Kieler Nachrichten zu bedenken. „Wenn der Staat dabei für die Qualitätssicherung sorgt, würde er den Drogenhandel sogar indirekt abnicken“, so der GdP-Geschäftsführer. Und auch beim Koalitionspartner der Grünen, der SPD, bestehen offenbar Zweifel. „Vor einer Umsetzung muss das rechtlich völlig einwandfrei geregelt sein“, warnte Peter Eichstädt, drogenpolitischer Sprecher der SPD in den KN. Die Grünen sehen in dem Angebot des Drogen-Checks, bei dem Konsumenten ihren beschafften Stoff von einem Experten auf besonders gesundheitsgefährdende Substanzen untersuchen lassen könnten, einen Weg zur „Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung“, wie es die Gesundheitspolitikerin Marret Bohn formulierte. Diesem Ziel dient auch eine von der Koalition beabsichtigte Anhebung der straffreien Menge beim Cannabis. In Nordrhein-Westfalen sind den KN zufolge zehn Gramm, in Berlin, Bremen und Niedersachsen sogar 15 Gramm gestattet.



GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zur Beförderung

zum Polizeihauptmeister

Ulf Harring-Petersen, RG Nordfriesland

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Eckhard Lesage, RG Lauenburg-Stormarn

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Gudrun Tomaszewski, RG Lauenburg-Stormarn; Cord Mühlenmeier, RG Segeberg-Pinneberg

zur Goldenen Hochzeit

Herbert Schartau und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg

zur Vermählung

Stefanie geb. Gräwe und Tobias Singhofen, RG Kiel-Plön; Nadine Schöning geb. Johannsen und Ehemann, RG Segeberg-Pinneberg

In den Ruhestand traten

Klaus Boese, RG Kiel-Plön; Annelene Weber, RG Nordfriesland; Norbert Broer, RG Schleswig-Flensburg; Hans-Joachim Sommer, RG Schleswig-Holstein Mitte

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

TERMINE

Einladung!

Treffen der 51er-Polizeianwärter Schleswig-Holstein

Wir wollen uns am **Montag, 16. Juli 2012, 14.00 Uhr**, in der *Forstbaumschule in Kiel, Feldstraße*, wieder einmal treffen. Gerhard Moede erwartet an alter „Wirkungsstätte“ noch viele „Veteranen“ des Einstellungsjahrganges 1951 zu einem zwanglosen und gemütlichen Gedankenaustausch. Anmeldungen sind nicht erforderlich.

Schleswig-Holstein Mitte

Jungsenioren-Stammtisch am **Donnerstag, 2. August 2012, 17.00 Uhr**, im *Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg*. Wegen der Beschaffung des Grillgutes wird um **Anmeldung** bis zum **27. Juli 2012** bei **Falk Dennhardt** (0 43 92-15 68) oder **Bernhard Bock** (0 43 21-7 47 52) gebeten.

SENIOREN

Buntes Programm beim Arbeitstreffen

Hamburg – Am 2. Mai 2012 haben sich die GdP-Landesseniorenvorsitzenden der norddeutschen Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Hamburg, Berlin, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) zu ihrem jährlichen Arbeitstreffen zusammengefunden. Zu Gast war darüber hinaus unser Bundesseiniorenvorsitzender Anton Wiemers aus Nordrhein-Westfalen. Nach dem gewerkschaftlichen Situationsbericht durch den GdP-Landesvorsitzenden Uwe Koßel ging es an die Arbeit. Schwerpunkt bildete dabei ein Positionspapier zur beabsichtigten Änderung der GdP-Bundessatzung. Für Empörung sorgte der beabsichtigte Fortfall der Klausel, dass für den GdP-Bundeskongress unter anderem auf eine anteilige Repräsentation der Senioren geachtet werden soll.

Für ebenso wichtig hielten wir die Integration der Seniorenrichtlinien in die Bundessatzung. Interessant war dann neben vielen Landesthemen der Austausch von Erfahrungen mit dem Thema „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Schleswig-Holstein steht da noch am Anfang und wird voraussichtlich noch in 2012 das erste Seminar dieser Art anbieten.

Sehr kritisch nahmen wir zu einer in 2013 geplanten Gesetzesänderung Stellung, die besonders für Senioren die Einführung von verpflichtenden Gesundheitstests regeln soll. In einem weiteren Thema

gab der Bundesvorsitzende noch einmal einen Ausblick auf das 25-jährige Jubiläum der Seniorengruppe Bund, das inzwischen am 10. und 11. Mai 2012 mit einem Festakt in Berlin stattfand (s. gesonderten Bericht Seite 6 unten). Am zweiten Tag stand dann der Besuch des 10. Deutschen Seniorentages im Congress Centrum Hamburg auf dem Programm. Das Motto „JA zum Alter!“ war eine Steilvorlage für den Bundespräsidenten Joachim Gauck, der eine sehr überzeugende Eröffnungsrede hielt. Immerhin, so der Präsident, habe er sich auch noch mit 72 Jahren in Verantwortung nehmen lassen. Sehr klug, wie ich meine, sagte er: „Niemandem soll Unzumutbares zugemutet werden. Aber das Zumutbare schon!“

Der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, fiel zum Motto des Seniorentages dieser Satz ein: „Älter werden heißt, erlebt zu haben, weitergeben zu können und gebraucht zu werden.“ Mehr interessante



Die Teilnehmer des Arbeitstreffens der GdP-Landesseniorenvorsitzenden der norddeutschen Länder stellten sich mit Frank Poster und dem Bundesseiniorenvorsitzenden Anton Wiemers zum Gruppenfoto.

Themen zum 10. Deutschen Seniorentag findet man unter www.deutscher-seniorentag.de. Das nächste Treffen findet 2013 voraussichtlich in Bremen statt; 2014 wird wohl Schleswig-Holstein Gastgeber sein. Themen sind reichlich vorhanden. Nachdem z. B. in den norddeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Berlin die Landesseniorenvorsitzenden in den Geschäftsführenden Landesvorständen erfolgreich mit Sitz und Stimme vertreten sind, scheint Schleswig-Holstein Schlusslicht bleiben zu wollen. Wir wollen es geändert wissen.

Gut, dass es sie gibt – die GdP-Seniorengruppe!!! **PR**



FRAUENGRUPPE

Frauenseminar 2012 – noch Plätze frei!

In der Zeit vom 24. bis 28. September 2012 bietet die Landesfrauengruppe ihr jährliches Seminar an. Es wird in der Jugendherberge Prora im Ostseebad Binz auf Rügen stattfinden. Als Coach konnten wir die Stimm-, Sprach- und Kommunikationstrainerin Wiebke Wiedeck aus Berlin gewinnen. Ihr „Erfolgskonzept Frau ©“ soll die Teilnehmerinnen in ihrem Auftreten sowohl im Beruf als auch im privaten Leben stärken.

„Die Art und Weise, wie eine Aussage präsentiert wird, ist genauso wichtig wie ihr Inhalt – wenn nicht sogar noch wichtiger. Viele stimmliche und körpersprachliche Signale senden Sie unbewusst aus. Das Zusammenspiel zwischen ‚Selbstbewusstsein‘ und ‚Sich-Ihrer-Wirkung-bewusst-sein‘ ist die Grundlage für eine überzeugende und

authentische Präsentation.“ (Zitat „Erfolgskonzept Frau ©“).

Das Seminar richtet sich an alle Frauen in der Landespolizei. Der Antrag auf Anerkennung nach dem BFOG ist genehmigt. Die Lehrgangsteilnehmerinnen werden in der Jugendherberge in Doppelzimmern inklusive Vollverpflegung untergebracht (www.prora.jugendherbergen-mv.de). Der Eigenanteil für das Seminar beträgt für GdP-Mitglieder 150 Euro und für Nichtmitglieder 200 Euro. Reisekosten werden nicht erstattet. Wer mehr über das „Erfolgskonzept Frau ©“ und Frau Wiedeck erfahren möchte, kann sich über das Internet unter www.erfolgskonzept-frau.de informieren. Anmeldungen können ab sofort bei der Geschäftsstelle, Tel. 04 31-1 22 10 15, erfolgen.

„Geheimcode“ im Arbeitszeugnis

Bescheinigt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer in einem Zeugnis: „Wir haben Herrn K. als sehr interessierten und hochmotivierten Mitarbeiter kennen gelernt, der stets eine sehr hohe Einsatzbereitschaft zeigte“, handelt es sich nicht um eine dem Gebot der Zeugnisklarheit widersprechende verschlüsselte Formulierung (Geheimcode). Mit der Wendung „kennen gelernt“ bringt der Arbeitgeber nicht zum Ausdruck, dass die im Zusammenhang angeführten Eigenschaften tatsächlich nicht vorliegen.

BAG, Urteil vom 15. November 2011 – 9 AZR 386/10 –

Anzeige

**Günstige Linienflüge?
04 51/5 02 17 36 und
04 31/1 70 93**

SENIOREN

Willi Bruelheide war Ehrengast

Berlin/Kiel – Für den 10. und 11. Mai 2012 hatte die GdP aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der GdP-Seniorengruppe Bund nach Berlin eingeladen (Näheres siehe auch Bundesteil der DP-Ausgaben Mai und Juni). Jedes Land bzw. jeder Bezirk war neben den Vorsitzenden mit drei Delegierten vertreten.

Auf der Wunschliste stand für die Festrede eigentlich bereits vor einem Jahr Joachim Gauck. Er hat ja bekanntlich inzwischen einen anderen Posten übernommen. Ich weiß gar nicht, ob der tatsächliche Redner Hermann Lutz eine Alternative war: Der 73-jährige ehemalige GdP-Bundesvorsitzende war der Richtige, und er hielt eine wunderbare Festrede. Es war ein lupenreines Plädoyer für die GdP; dabei unterstrich er vielfach die besondere Rolle der Seniorengruppe. Dafür brauchte er sein mitgebrachtes Redemanuskript gar nicht. Er sprach, wie man ihn kannte und kennt, „freihändig“ und fesselnd.

Obwohl Hermann selbst einer der Älteren ist, war er „unverdächtig“, denn schon als Bundesvorsitzender, immerhin bis vor 13 Jahren, lag ihm die Seniorengruppe auffallend am Herzen.

Aus Schleswig-Holstein war der ehemalige Bundesseniorenvorsitzende Willi Bruelheide als Ehrengast eingeladen. Ihn begleitete unsere liebe Telse Ploog. Der wenige Tage später verstorbene 91-jährige Ehrenlandesvorsitzende hatte das Amt von 1991 bis 1998 inne. Willi hatte damals den ersten Vorsitzenden, den inzwischen verstorbenen Fritz Göbel aus dem Saarland abgelöst.

Zur Delegation aus Schleswig-Holstein gehörten aus dem Landesseniorenvorstand Maria Randschau, Wolfgang Meier und unser Ehrenvorsitzender Alfred Stange, der sich besonders auf das Wiedersehen mit alten Haudegen in Berlin freute. Frank Poster gehörte als Landeseniorenvorsitzen-

der, aber auch als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes natürlich ebenso zu den Teilnehmern. Eine große Ehre erwies uns unser GdP-Landesvorsitzender Oliver Malchow mit seiner Teilnahme.

Gut, dass es sie gibt – die GdP!!!!

RP



Oliver Malchow, Telse Ploog, Frank Poster, Anton Wiemers (Bundesseniorenvorsitzender), Bernhard Witthaut (Bundesvorsitzender), Willi Bruelheide, Alfred Stange, Maria Randschau, Wolfgang Meier.



PSW-Termin **10. bis 18. Januar 2013**



Unterbringung in
Doppelinnenkabine p. P. ab
€ 1.199,-*



Mit AIDAblu in den Orient

Prachtvolle Bauwerke, elegante Einkaufszentren und traumhafte Strände empfangen Sie in Dubai. Das Sultanat Oman lockt mit turbulentem orientalischem Treiben, spektakulären Fels- und Wüstenlandschaften und einer beeindruckenden Unterwasserwelt. Machen Sie von Abu Dhabi aus einen Abstecher in die Wüste Al Khatim. Hier erwarten Sie die mit 300 Metern höchsten Sanddünen der Welt.

| Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg | |
|--|---------------|
| Innenkabine p. Person | 1.199,- Euro* |
| Meerblick-Kabine p. Person | 1.399,- Euro* |
| Balkonkabine p. Person | 1.549,- Euro* |

Reiseverlauf: 10.01. Anreise Hamburg - Dubai; 11.01.-18.01. Dubai (2 Tage) – Oman (Muscat) – Abu Dhabi (2 Tage) – Bahrain (Manama / Kalifa Bin Salman) – Dubai (2 Tage); 18.01. Heimreise Dubai - Hamburg

Diese Leistungen sind in Ihrem Reisepreis inklusive:

- AIDA Kreuzfahrt ab / bis Hafen inkl. Transfers
- Hin- und Rückflüge ab / bis Hamburg
- Hafengebühren
- Vollpension an Bord
- Alle Tischgetränke zu den Hauptmahlzeiten in den Buffet-Restaurants (Tischwein, Bier, Softdrinks)
- Trinkgelder
- Nutzung von attraktiven Wellnessangeboten
- Nutzung eines vielseitigen Sportangebots
- Besuch der Shows & Veranstaltungen an Bord
- Kinderbetreuung im Kids Club ab 3 Jahre
- Deutschsprachige Reiseleitung
- Treibstoffzuschlag (5 Euro p. P. / Tag)
- Hafen-Check-in (vorbehaltlich behördlicher Genehmigung und abhängig von der Tageszeit)
- Bei einer eventuellen Verschiebung der Flugzeiten kümmert sich AIDA um Sie

* AIDA VARIO Preis bei 2er Belegung, inkl. 5,- Euro Treibstoffzuschlag pro Person und Tag (ab 16 Jahre), inkl. Flug ab / bis Hamburg und Kerosinzuschlag und Kostenbeitrag zur Luftverkehrssteuer

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: AIDA Cruises / Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Veranstalter: AIDA Cruises, 18055 Rostock

The City that never sleeps...

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 880,-*

NEW YORK

5-tägige Städtereise inkl. Flug ab/bis Hamburg / PSW-Termin 10. - 14.12.2012

New York, New York! „If you can make it there, you make it everywhere!“ Den berühmten Song Frank Sinatras kennt jeder. New York ist der Nabel der Welt, das Mekka der Kunst, Architektur und Börse, des Luxus und der Moden, Trends und Erfindungen. New York City ist die Stadt der Superlative, Schmelztiegel der Nationen und Religionen, voller Überraschungen, Kostbarkeiten und unendlich vielen Sehenswürdigkeiten. Eine erlebnisreiche Städtereise erwartet Sie! Wie wäre es zum Beispiel mit Christmas-Shopping?

Folgende Leistungen sind enthalten:

- Linienflug mit Lufthansa in der Economy Class ab Hamburg über Düsseldorf nach Newark und zurück
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 4/2012)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbände)
- 3 Nächte im gebuchten Hotel
- Informationsmaterial, Reiseführer
- * interessante Ausflugs-Angebote (fakultativ)

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen / Änderungen möglich / Veranstalter: Dertour

Ihre Hotel: Holiday Inn Hasbrouck Heights (3-Sterne-Hotel) Lage: in Hasbrouck Heights, New Jersey, ca. 30 Minuten von Manhattan entfernt. Hotel: 2009 renoviert, sehr freundlich und beliebt, Restaurant, Bar / Zimmer: 245, 6 Etagen. Standard: ca. 26 qm, Bad oder Dusche/WC, Föhn, TV, Telefon, Internetzugang, Klimaanlage etc. / Gut zu wissen: Der Bus nach Manhattan zur Port Authority fährt regelmäßig und kostet ca. USD 4,25 pro Person / Strecke. Die Haltestelle liegt ca. 400 m vom Hotel. Internet: www.holidayinn.com

| Preise pro Person: | |
|---|------------|
| Doppelzimmer pro Person | 880,- Euro |
| Einzelzimmerzuschlag | 200,- Euro |
| Stadtrundgang * (Manhattan und Brooklyn, ganztägig) | 55,- Euro |
| CityPASS * New York | 65,- Euro |
| Harlem Gospel Tour* | 45,- Euro |
| Transfer * (inkl. deut. Reiseleit.) | 79,- Euro |
| Flughafen - Hotel - Flughafen | |

* Ausflugs-Angebote (fakultativ)

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Dertour

Und was sonst noch so war ...

7. Mai

In Hannover treffen sich GdP-Vertreter der Landesbezirke Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Sie bilden in der GdP den sogenannten „Norddeutschen Bund“. Hintergrund ist das Bündeln von Interessen. Dies hat sich gerade im Beamten- und Besoldungsbereich bewährt. Heute sprechen wir über innergewerkschaftliche Organisationsfragen. Weiter kommt der Präsident des Landespräsidiums für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz, Uwe Binias, zu Besuch. Mit ihm gemeinsam werden unter anderem Ausbildungsfragen diskutiert.

9. Mai

In der diesjährigen 9. Ausgabe der Broschüre „Wasserschutzpolizei und Schifffahrt“ hatte das Vorwort der Bundestagsabgeordnete Ingbert Liebing, Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen-Nord, geschrieben. Günter Herrmann, Wasserschutzpolizeirevier Flensburg, verantwortlich für die redaktionelle Zusammenstellung dieser Zeitung, überreichte dem CDU-Abgeordneten das neue fertiggestellte Exemplar. Liebing: „Ich habe die Broschüre mit Interesse studiert und bin erneut beeindruckt von dem Überblick der vielfältigen Tätigkeiten der Wasserschutzpolizei, aber auch der anderen Einrichtungen, denen Sie in Ihrer Broschüre Raum geben für die Darstellung ihrer Arbeit im Bereich der Sicherheit auf See. Gern möchte ich Ihnen nochmals danken, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, in einem Grußwort politische Akzente zu setzen.“

11. Mai

11.00 Uhr – Telefonkonferenz aller öD-Gewerkschaften mit dem DGB. Thema: „Was wird nach der Landtagswahl am 6. Mai?“ Übereinstimmend scheint, dass die Verschlechterungen des Mitbestimmungsgesetzes beim Zustandekommen der sogenannten Dänen-Ampel wieder zurückgenommen werden. Dies ist im Hinblick auf die Sitze in den Personalvertretungen tatsächlich korrekturbedürftig. Eine andere Forderung, auf die wir uns verständigen, zielt auf die Dienstrechtsabteilung ab. Bis zur vorletzten Legislaturperiode war sie (wie es sich gehört) dem Innenministerium angeglie-



Zu Besuch auf der GdP-Geschäftsstelle:

Hartmut Brenneisen Foto: Gründemann

dert, jetzt ist sie an das Finanzministerium angehängt. Nicht einmal die finanzbewusste Bundesregierung hat sich dies geleistet, ebenso fast alle Länder nicht.

15. Mai

Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Erstmals befassen wir uns mit dem 30. Delegiertentag, der turnusgemäß im Herbst 2013 durchgeführt werden muss. Für den 6. und 7. November wird er festgelegt. Die Geschäftsstelle erhält den Auftrag, eine Ausschreibung unter entsprechenden Tagungsstätten durchzuführen. Die Frauengruppe ist schon etwas weiter: Ihre 5. Frauenkonferenz, die ebenfalls 2013 stattfindet, ist auf den 14. März terminiert und wird in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente durchgeführt.

23. Mai

Besuch auf der GdP-Geschäftsstelle: Hartmut Brenneisen, Dekan des Fachbereichs Polizei der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD), besucht Oliver Malchow und mich. Thema: Fragen der Ausbildung, der Ausbildungsqualität, des Nachwuchses, der Nachwuchsgewinnung und weiteres mehr. Wir vereinbaren häufigere Konsultationen, um uns gegenseitig „auf dem Laufenden“ zu halten. Nebenbei wird für den 16. August 2012 eine Autorenlesung vereinbart. Peter Jamin, Autor des Buches „Abgeknallt“, Verlag Deutsche Polizeiliteratur, wird nach Altenholz kom-

men, um die Dokumentation und Interviews des Journalisten vorzutragen.

24. Mai

Schon in der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes wurde das Thema „Polizeibeamte vor Gericht“ diskutiert. Ein Mitglied der Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn hatte angeregt, hierzu ein GdP-Angebot zu entwickeln. Auch dienstlich wird dieses Seminar angeboten. Heute geht Thomas Gründemann auf ein entsprechendes Seminarangebot der PD AFB nach Kiebitzhörn. Nach Auswertung werden wir beraten, inwieweit die GdP dieses Thema vertieft.

4. Juni

„Zur Sache“ heißt eine Sendung der NDR Welle Nord, die sonntags von 18.00 bis 20.00 Uhr ausgestrahlt wird. Heute das Thema „Rocker“, deren Folgen, Hintergründe und die mit der Strafverfolgung verbundenen Fragen. Diskussionssteilnehmer sind Klaus Schlie (damals noch Innenminister, CDU), GdP-Landesvorsitzender Oliver Malchow und Stefan Schölermann, Leiter der NDR-Redaktion Politischer Extremismus, Hamburg. Die fachkundige Leitung hat Jan-Peter Reschke. Die Sendung ist hochinteressant und hat viele Zuhörer.

30. Juni

Heute ist der letzte Tag unseres Mietverhältnisses in der Max-Giese-Straße 22 in Kiel. Morgen beginnt ein neuer Mietvertrag, den wir mit unserem Vermieter ausgehandelt haben. Die Nähe zum Polizeizentrum Eichhof, aber auch die mittelbare Zentrallage der Max-Giese-Straße haben es uns als guten Standortvorteil angetan. Wir verlängern um abermals zehn Jahre.

Korrektur

In der letzten Ausgabe des DP-Landesjournals ist der Redaktion bei der Unterschrift des Bildes zum Artikel über den Weißen Ring ein Fehler unterlaufen. Auf dem Foto befand sich der WR-Landesvorsitzende Uwe Döring mit seinem Stellvertreter Uwe Rath. Das Foto jedoch stammt von Günter Santjer. Wir bitten um Nachsicht.

